REGIERUNG

Aufstand der Frauen

Das Nein der FDP zur Quote stiftet Unfrieden in der Koalition. Die Kanzlerin will mit dem Thema zur Not auch in den Wahlkampf ziehen – gegen die Liberalen.

TIMUR EMEK / DAPD

DAVIDS / DARMER

Kontrahentinnen Schröder, von der Leyen: *„Das Thema ist nicht mehr wegzubekommen“*

Niederlage? Nein, von einer Niederlage will sie nicht sprechen, Niederlagen kommen nicht vor im Leben der Ursula von der Leyen, schon gar nicht am diesjährigen 8. März, dem Weltfrauentag. In den Zeitungen steht, dass sich die schwarz-gelbe Koalition endgültig von dem Ziel verabschiedet, eine gesetzliche Quote für Frauen in Unternehmen zu fixieren, aber die Arbeitsministerin mag sich von solch trüben Schlagzeilen nicht die Laune verderben lassen.

Sie sitzt in ihrem Büro und unterzeichnet noch schnell eine Urkunde, mit der sie eine Mitarbeiterin zur Beamtin auf Lebenszeit befördert. Von der Leyen vergisst nicht zu erwähnen, dass die Frau Kinder habe, schon wieder so ein Beispiel, dass beides geht, Familie und Karriere. Ist die Quote tot? Nein, sagt von der Leyen. Sicherlich, die Nachrichten des Tages seien ein Dämpfer. Aber: „Das Thema ist nicht mehr wegzubekommen“ (siehe Seite 150).

Tatsächlich will sich die Union nicht mit dem Veto der FDP gegen die Quote abfinden. Der Ärger über die Liberalen ist groß, Parteichef Philipp Rösler wollte nicht einmal die sogenannte Flexi-Quote von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) akzeptieren, die bloß eine gesetzlich fixierte Selbstverpflichtung der Unternehmen war und damit ein Vorschlag zur Güte. Auch Angela Merkel ist sauer: Wenn die Kanzlerin die Quote in dieser Legislaturperiode nicht mehr durchsetzen kann, will sie mit dem Thema Wahlkampf machen – zur Not auch gegen die FDP.

Noch aber denken die Frauen in der Unionsfraktion darüber nach, wie sie vor 2013 eine Lösung finden. Die radikale Variante wäre ein fraktionsübergreifender Gruppenantrag im Bundestag. Das klingt technisch, würde aber bedeuten, dass sich die Quotenbefürworter aus allen Parteien zusammenfänden und ein Gesetz auf den Weg brächten. Dass auf diesem Weg eine Mehrheit zustande käme, ist wahrscheinlich, denn SPD, Grüne und Linkspartei sind längst für eine Quote, und auch in den Reihen der Union wächst die Zahl der Unterstützer, selbst bei den Männern.

In der Arbeitsgruppe Recht versuchte vergangene Woche der Justitiar der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, das Thema Quote zu beerdigen. Die Fraktion stehe doch mit großer Mehrheit dagegen, rief er in die Runde. Doch der Abgeordnete Marco Wanderwitz warf ein, es gebe auch jede Menge Männer, die eine Quote für richtig hielten. Wanderwitz hat inzwischen die „Berliner Erklärung“ unterzeichnet, die eine Quote von 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten von mitbestimmungspflichtigen Dax-Unternehmen fordert. Zu den Erstunterzeichnerinnen der Erklärung gehört das Spitzenpersonal fast aller Bundestagsparteien: SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, von der Leyen, Linke-Parteichefin Gesine Lötzsch, Renate Künast, die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion.

Schon bald wollen die Initiatorinnen der Berliner Erklärung bei der Kanzlerin vorstellig werden. Intern denken von der Leyen sowie etliche Frauen in der Unionsfraktion darüber nach, den Schwung der Erklärung zu nutzen, um im Parlament eine Mehrheit für die Quote zu organisieren. „Als Ultima Ratio halte ich einen Gruppenantrag für denkbar“, sagt Rita Pawelski (CDU), die Vorsitzende der Gruppe der Unionsfrauen im Bundestag. Ähnlich argumentiert die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär: „Die Selbstverpflichtungen haben nichts gebracht. Ich sehe keine Lösung mehr, die ohne Gesetz auskommt.“

Der Gruppenantrag hat allerdings einen Haken: Er könnte leicht zum Bruch der schwarz-gelben Koalition führen. Denn in der Regel dürfen die Abgeordneten nur dann frei abstimmen, wenn es die Führung erlaubt, und das kommt äußerst selten vor. Die Novelle des Paragrafen 218 war so ein Beispiel oder das Gesetz über die Präimplantationsdiagnostik. Im Moment deutet nichts darauf hin, dass der FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle und sein Unionskollege Volker Kauder die Quote zur Gewissensfrage erklären.

Merkels Leute denken deshalb über ein anderes Szenario nach. Die Frauen in den Fraktionen von CDU, CSU und FDP verbünden sich und erhöhen so den Druck auf die Führung. Am Ende, so die Hoffnung, kann sich FDP-Chef Rösler dem Drängen der Frauen nicht mehr verweigern. Allerdings gleicht der Plan einem Luftschloss, denn in der FDP-Fraktion kann man die Freunde einer Frauenquote an einer Hand abzählen. Die FDP habe das Thema Quote immer noch nicht verstanden, klagt Doris Buchholz, die Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen.

Merkel blickt deshalb auf die Bundestagswahl 2013. Die Kanzlerin hat schon signalisiert, dass die Quote Teil des Programms sein soll, mit dem die CDU das Wahljahr bestreiten will. „Spätestens im Wahlprogramm muss die Quote verankert werden“, sagt Maria Böhmer, Vorsitzende der Frauen Union.

Zwar bremste Merkel von der Leyen, als diese im Januar 2011 starre Vorschriften für Frauen in Führungspositionen verlangt hatte. Aber das machte sie aus Rücksicht auf die FDP und den Koalitionsfrieden. Inzwischen, so heißt es im Kanzleramt, sei auch Merkel überzeugt, dass sich ohne Druck nichts bewege. Von der Leyen hört es gern. Beim Kampf um die Quote sei sie zwar „unverzichtbar“, sagt sie ganz ohne falsche Bescheidenheit in ihrem Büro. Aber ohne Verbündete gehe es dann eben doch nicht.

Ulrike Demmer, Peter Müller, Merlind Theile